

01.05.2007, Nr.25/2007

Peters fordert ernsthaftes Angebot der Arbeitgeber

Hamburg - Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, hat die Arbeitgeber aufgefordert, in den in dieser Woche stattfindenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Metall- und Elektronikindustrie, "ein Angebot vorzulegen, über das man ernsthaft verhandeln kann". Andernfalls werde seine Gewerkschaft die Gangart verschärfen. "Wenn die Arbeitgeber sich erneut verweigern, dann werden wir es nicht lange bei Warnstreiks belassen, dann wird diese Tarifbewegung sehr schnell eine andere Dynamik bekommen", sagte Peters auf der Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am Dienstag in Hamburg. Er warf den Arbeitgebern vor, es erneut versäumt zu haben, während der Friedenspflicht ein "anständiges Angebot" vorzulegen.

Peters verwies auf die sehr gute Lage in der Metall- und Elektroindustrie. "Die Auftragsbücher sind voll, die Kapazitäten ausgelastet, die Gewinne sprudeln, nur die Arbeitnehmer sollen billig abgespeist werden". Deshalb sei die Tarifbewegung in der Metall- und Elektronikindustrie auch eine Auseinandersetzung um mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland. "Es geht um mehr Anstand und um mehr Anerkennung für die Leistung der Arbeitnehmer", betonte Peters. Wenn es nach den Arbeitgebern ginge, dürften die Arbeitnehmer nie etwas fordern. "Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, gefährden wir angeblich die Existenz der Betriebe, wenn es der Wirtschaft gut geht, gefährden wir den Aufschwung - das ist doch verrückt", kritisierte Peters. Während die Manager sich hohe Vergütungen genehmigen würden, würde den Arbeitnehmern ihr Anteil am Aufschwung verweigert. Peters nannte es eine Schande, dass "immer mehr Menschen rund um die Uhr arbeiten und die Löhne trotzdem nicht für ein anständiges Leben reichen".

Hart ging der IG Metall-Vorsitzende auch mit der Bundesregierung ins Gericht. Bei ihrer Entscheidung für die Rente mit 67 warf er ihr vor, die Interessen der Versicherungskonzerne und der Arbeitgeber im Blick gehabt zu haben. "Die einen reißen sich den Markt der Alterssicherung unter den Nagel, die anderen müssen weniger zu Alterssicherung der Arbeitnehmer beitragen." Für die Betroffenen hingegen sei die Rente mit 67 nichts anderes als eine weitere Rentenkürzung, die zur Altersarmut führe. Peters forderte in diesem Zusammenhang einen flexiblen Ausstieg aus dem Erwerbsleben und die Fortführung der geförderten Altersteilzeit über 2009 hinaus.

01.05.2007, Nr.26/2007

Huber: Beschäftigte müssen fair am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt werden

Frankfurt/Main - Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, hat in seiner Rede zum 1. Mai eine faire Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Aufschwung gefordert. "Wir verlangen unseren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Wachstum. Wir reden nicht nur über Gerechtigkeit, sondern wir sind auch bereit, für sie einzustehen", sagte Huber am Dienstag in Dingolfing mit Blick auf die laufende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Es könne nicht sein, dass nur die Vorstandsbezüge und Gewinne der Unternehmen deutlich ansteigen.

Kritik übte Huber an der Entscheidung, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahren zu erhöhen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit bedeute dies eine verkappte Rentenkürzung. "Der größte Hohn ist, dass die Altersteilzeit in 2009 ohne gleichwertigen Ersatz auslaufen soll. Das muss unbedingt korrigiert werden." Ansonsten sei vor allem die Zukunft vieler junger Menschen bedroht, für die der Einstieg ins Berufsleben noch schwieriger werde. "Das ist absurd und das Gegenteil von gesellschaftlicher Solidarität unter den Generationen." Ziel müsse sein, dass Ältere zu akzeptablen Bedingungen ausscheiden können wenn sie ausgepowert sind und junge Menschen gleichzeitig ordentlich qualifiziert und ihnen eine Perspektive gegeben werde.

Zudem forderte Huber, den wirtschaftlichen Aufschwung für den Aufbau von nachhaltiger Beschäftigung zu nutzen. "Viele, zu viele, neue Arbeitsplätze bieten derzeit für die Beschäftigten nur miserable Arbeitsbedingungen oder entstehen als Leiharbeitsverhältnisse." Längst würden nicht mehr nur Produktionsspitzen mit Leiharbeitern abgedeckt, sondern sie wirkten immer tiefer in sogenannte Normalarbeitsverhältnisse hinein. Deshalb sei notwendig, dauerhaft neue Arbeitsplätze zu schaffen, unbefristet und zu ordentlichen Tarifbedingungen, sagte Huber.